

**Profi-Ladendiebe**

**Mutmassliches Diebes-Quartett in Mels festgenommen**

**MELS** Die St. Galler Kantonspolizei hat bei einer Kontrolle auf der Autobahn in Mels ein mutmassliches Diebes-Quartett festgenommen. Im Auto der drei Asiaten und einer Asiatin kamen neue Kleider, Schuhe und Parfüms im Wert von über 10 000 Franken zum Vorschein. Abklärungen ergaben, dass die Waren in verschiedenen Läden im Raum Werdenberg-Sarganserland gestohlen worden waren. Es liege nahe, dass das Quartett professionell Ladendiebstähle begangen habe, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Nun wird abgeklärt, ob die vier Festgenommenen für weitere Straftaten verantwortlich sind. Einer der Asiaten, ein 49-jähriger Mongole, war zur Verhaftung ausgeschrieben. Die Polizei hatte das Auto mit französischen Kennzeichen am Mittwochnachmittag kontrolliert. Im Kofferraum fanden die Polizisten 18 Paar neue Schuhe. In einem raffinierten Versteck kamen zudem zahlreiche neue Kleider und 50 Parfüms zum Vorschein. (sda)

**Polizei sucht Zeugen**

**Unbekannte stehlen Werbeblache**

**MAUREN** Eine unbekannte Täterschaft entwendete in Mauren eine Werbeblache der Kommission für Unfallverhütung und der Landespolizei. Die Blache zum aktuellen Thema «Eigenschutz - Durch Sichtbarkeit mehr Sicherheit» war seit Mitte Oktober in der Strasse «Ziel» bei der gleichnamigen Bushaltestelle aufgehängt. «Am Wochenende vom 9./10. November wurde die Blache durch eine unbekannte Täterschaft entfernt. Die Blache im Querformat F12 ist auf der anderen Seite mit der Kampagne «Schulanfang! Achtung Kinder!» bedruckt. Es entstand ein Sachschaden in der Höhe von mehreren Hundert Franken», teilte die Lan-



Durch Sichtbarkeit mehr Sicherheit! (Foto: ZVG)

despolizei am Donnerstag mit. Personen, welche Angaben zu einer allfälligen Täterschaft machen können, werden gebeten, sich bei der Landespolizei unter der Telefonnummer 236 71 11 oder per E-Mail an info@landespolizei.li zu melden. (red/lpfl)

**Vortritt missachtet**

**Zwei Kollisionen in Balzers und Vaduz**

**BALZERS/VADUZ** Zu zwei Verkehrsunfällen aufgrund von Vortrittsrechtsmissachtung ist es am Mittwochabend gekommen. Wie die Landespolizei am Donnerstag weiter mitteilte, war eine Autofahrerin kurz vor 17.30 Uhr auf der Fürstenstrasse in Balzers in westliche Richtung unterwegs. «Dabei fuhr sie auf einen Kreuzungsbereich ein, wo es zur Kollision mit einem korrekt fahrenden Auto kam. An beiden Fahrzeugen entstand Sachschaden», schreibt die Landespolizei. Leicht verletzt wurde überdies eine Lenkerin bei einem weiteren Verkehrsunfall nur kurze Zeit später in Vaduz. Dabei absichtigte sie gemäss Landespolizei von einem Parkplatz auf die Schaanerstrasse einzubiegen und übersah dabei ein Auto, das auf der Schaanerstrasse unterwegs war. Es kam zum Zusammenstoss der beiden Fahrzeuge, bei welchen Sachschaden entstand. (red/lpfl)

**Liechtenstein und der NSA-Skandal: Regierung hat nur bedingt Einfluss**

**Geheimdienstaffäre** Der Verein Sicheres Liechtenstein (VSL) organisierte eine Podiumsdiskussion zum Thema «Verhalten nach dem NSA-Skandal». Die Experten waren sich dabei einig: Eigenverantwortung ist Bürgerpflicht.

VON FABIAN MARTIN SUDE

**D**er scheinbar unerstättliche Informationshunger der USA ist spätestens seit Bekanntwerden des NSA-Skandals kein Geheimnis mehr. So sorgten in den vergangenen Monaten ständig neue Enthüllungen für Schlagzeilen (siehe Kasten unten). In den Hintergrund geriet dabei unter anderem die Frage, wie man mit den abhöranfälligen Technologien künftig umgehen soll - ein Thema, das gerade für Liechtenstein ohne kostspielige Spionageabwehr oder eigenen Geheimdienst besonders interessant scheint.

Der Verein Sicheres Liechtenstein griff am Donnerstagabend genau diese Fragestellung auf und lud Experten aus Politik, Wirtschaft, Datenschutz sowie Informatik zur Diskussion ein. Thomas Zwiefelhofer (Regierungschef-Stellvertreter), Christine Wohlwend (geschäftsführende Partnerin elleta AG), Philipp Mittelberger (Datenschutzbeauftragter) und Jeffrey Nigg (Vizepräsident IT Crowd Club) erhielten dabei die Gelegenheit, ihre Gedanken sowie Meinungen auszutauschen.

**Schutz vor Wirtschaftsspionage**

Gleich zu Beginn fand Zwiefelhofer deutliche Worte: Liechtenstein ist zu klein, um sich eine umfassende Spionageabwehr leisten können. Er appellierte dabei an die Bescheidenheit der Bevölkerung, sich selbst und den liechtensteinischen Staat nicht zu wichtig zu nehmen: «Es ist frag-



Diskutierten über die Folgen des Skandals (von links): Carmen Dahl (Moderation), Jeffrey Nigg (Vizepräsident IT Crowd Club), Thomas Zwiefelhofer (Regierungschef-Stellvertreter), Christine Wohlwend (geschäftsführende Partnerin elleta AG) und Philipp Mittelberger (Datenschutzbeauftragter). (Foto: Michael Zanghellini)

lich, ob wir für die NSA tatsächlich von solch grossem Interesse sind.» Anders sehe die Situation hingegen bei der Privatsphäre und dem Schutz vor Wirtschaftsspionage aus - diese gelte es unbedingt zu schützen. Doch müsse auch in diesem Kontext klar sein, dass der Regierung nur limitierte Möglichkeiten zur Verfügung stünden.

Der Informatiker Jeffrey Nigg pflichtete ihm bei - eine 100-prozentige Sicherheit gäbe es ohnehin nicht. Es sei ausserdem unwahrscheinlich, dass Liechtenstein mit den Möglichkeiten der NSA mithalten könne. Man müsse daher stets zwischen Benutzerfreundlichkeit einerseits und Sicherheit andererseits abwägen. So kämen normale Bürger zwar nicht

daran vorbei, gewisse Internetangebote zu nutzen. Doch liege es dann in der Eigenverantwortung eines jeden Nutzers, zu hinterfragen, was dieser dort kommuniziert und veröffentlicht.

Auch Christine Wohlwend appellierte an das Verantwortungsbewusstsein der Bürger. Einerseits sprach sie im Laufe der Diskussion die Problematik des digitalen Fingerabdrucks an: «Das Internet vergisst nie», mahnte die Landtagsabgeordnete und erinnerte Eltern im selben Atemzug daran, dass diese auch gegenüber ihren Kindern Verantwortung tragen. Andererseits zeigte sie sich aber auch davon überzeugt, dass die NSA-Enthüllungen nur die Spitze des Eisberges darstellten. Philipp Mittelberger,

Datenschutzbeauftragter, teilte diese Ansicht und sprach sich für eine Lösung auf internationaler Ebene - sprich der UNO - aus: Nur dann könne ein Kleinstaat wie Liechtenstein dieses internationale Recht auch durchsetzen. Doch seien neben staatlichen auch kommerzielle Dienste an privaten oder wirtschaftlichen Daten interessiert, gab der Datenschützer zu bedenken.

Insgesamt könne der Staat also nur unterstützend wirken, zeigten sich die Fachleute überzeugt: Die Schlüsselwörter seien in diesem Zusammenhang Selbstschutz und Eigenverantwortung - auch bei der Wirtschaft.

**Legt sich NSA «Datenfriedhof» an?**

Für Amusement sorgte überdies die Auffassung, dass der US-Geheimdienst zwar unermüdlich Datensammle, dann aber auf gewisse Inhalte fokussieren müsse. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sehe sich die NSA bei liechtensteinischen Daten aber mit einem Hindernis konfrontiert: So dürfte der einzigartige Dialekt eine nicht zu unterschätzende Hürde darstellen.

**ÜBER DEN VSL**

Der Verein Sicheres Liechtenstein (VSL) ist aus der Überzeugung entstanden, dass öffentliche Sicherheit nicht nur staatlichen Stellen überlassen werden darf. Seit der Gründung 2008 organisierte der Verein zahlreiche Diskussionsveranstaltungen.

**Chronologie der Geheimdienstaffäre**

**Die Enthüllungen rund um den NSA-Skandal im Überblick**

Nachdem der IT-Spezialist Edward Snowden die USA am 20. Mai dieses Jahres mit geheimen NSA-Dokumenten verliess, wurden in den internationalen Medien regelmässig neue Informationen veröffentlicht. Hier die wichtigsten Enthüllungen im Überblick:

- **6. Juni** Der US-Geheimdienst NSA und der britische Geheimdienst GCHQ sollen Nutzerdaten von Internetfirmen anzapfen.
- **8. Juni** Die NSA soll nicht nur Ausländer, sondern auch Bürger alliierter Länder und selbst US-Bürger überwachen.
- **11. Juni** Regierungen und Geheimdienste aus aller Welt beteuern, keine Kenntnis von Spähprogrammen zu besitzen.
- **17. Juni** GCHQ soll die Teilnehmer von zwei G-20-Gipfeln ausspioniert haben.

- **21. Juni** GCHQ soll transatlantische Kabel anzapfen und dadurch Zugang zum globalen Telefon- und Internetverkehr haben. Die NSA soll diese Informationen ebenfalls erhalten.
- **29. Juni** Die NSA soll EU-Institutionen und deren Computernetzwerke infiltrieren.
- **6. Juli** Die NSA soll Mails und Telefonate brasilianischer Bürger millionenfach überwachen.
- **12. Juli** Microsoft soll der NSA Zugang zu den verschlüsselten Mails ihrer Nutzer verschaffen.
- **20. Juli** Der deutsche Geheimdienst BND soll Daten analysieren und mit der NSA kooperieren.
- **31. Juli** Die NSA soll Zugriff auf den Inhalt von Millionen privater Mails, Chats und Browser-Daten haben.
- **3. August** Der BND soll der NSA massenhaft deutsche Verbindungsdaten übermitteln.
- **25. August** Selbst die UNO soll von der NSA-Überwachung betroffen sein.

- **1. September** Die NSA soll französische Botschaften ausspionieren und Server infiltrieren.
- **2. September** Die NSA soll Mails und Telefonate der brasilianischen und mexikanischen Präsidenten überwachen.
- **5. September** NSA und GCHQ sollen verschlüsselte Verbindungen - darunter auch Banküberweisungen - knacken.
- **9. September** Die NSA soll mit der Überwachung des Ölkonzerns Petrobras auch vor Wirtschaftsspionage nicht zurückschrecken.
- **20. September** GCHQ soll den Telekommunikationsanbieter Belgacom, zu dessen Kunden EU-Kommission und Europaparlament zählen, gehackt haben.
- **15. Oktober** Die NSA soll weltweit Zugriff auf mehrere Hundert Millionen Kontaktlisten von Mail- und Messaging-Konten haben.
- **21. Oktober** Die NSA soll auch Telefonate französischer Bürger millionenfach abhören.

- **23. Oktober** Die USA sollen das Handy von Angela Merkel abhören.
- **24. Oktober** Insgesamt sollen 35 Staats- und Regierungschefs abgehört werden. Die USA sollen ausserdem weltweit in Botschaften und Konsulaten Abhörprogramme unterhalten.
- **30. Oktober** Auch Papst Franziskus und der Vatikan sollen von der NSA belauscht werden.
- **3. November** Liechtenstein und die Schweiz sollen ebenfalls Opfer von Spionage sein.
- **5. November** Auch GCHQ soll auf ihrer Botschaft in Berlin Spähposten betreiben. Zudem sollen NSA und GCHQ in Zypern Unterseekabel für die Internet- und Telefonkommunikation des gesamten Nahen Ostens anzapfen.
- **17. November** GCHQ soll das Reservierungssystem von Diplomatenhotels überwachen.
- **21. November** UK soll die flächendeckende Überwachung ihrer Bürger aktiv dulden.

**Wasser im Fokus**

**Tagung** Das Fachseminar Wasser in Vaduz brachte die Erkenntnis, dass auch in einem unsicheren Umfeld Investitionen in Wasser wichtig sind.

«Das unsichere politische Umfeld wirft viele Fragen auf. Es ist nicht klar, welche Strategien verfolgt werden sollen. (...) Die öffentliche Hand, Privatwirtschaft und Industrie; alle werden angehalten, die zur Verfügung stehenden Mittel optimal und effizient einzusetzen», heisst es in der Pressemitteilung zum 16. Lippuner Seminar im Vaduzer Saal vom Donnerstag. Doch bereits heute stehe fest, dass die Finanzierung des Unterhaltes der Wasserversorgung überdurchschnittlich angestiegen ist. Und dennoch gelte: «Die Sparrbremse sollte auf keinen Fall im Bereich Wasser angesetzt werden, denn

dies würde unseren nachfolgenden Generationen exponentielle Kosten auferlegen», heisst es weiter. In den verschiedenen Fach-Referaten wurde demnach gestern Abend aufgezeigt, «dass Investitionen rund um das Trinkwasser für die Zukunft bedeutend und wichtig sind». Erich Zoller, Stadtpräsident von Rapperswil-Jona, referierte über die Finanzierung der Infrastrukturanlagen. Er plädierte für eine vorbeugende systematische Instandhaltung der ganzheitlichen Wasserversorgung. Rechtsanwalt Conradin Menn aus Zürich legte die Voraussetzungen und Risiken bei der Durchsetzung von Ansprüchen aus Werkmängeln dar. Über die Rolle des Marktes bei der regionalen Infrastrukturversorgung berichtete Urs Meister von der Denkfabrik Avenir Suisse. Die regionale Versorgungswirtschaft müsse sich immer mehr Marktöffnungen stellen, der Liberalisierungsprozess bliebe aber auf halbem Weg stehen. Benno



Unser Foto zeigt, von links: Erich Zoller, Markus Boller, Conradin Menn, Daniela Lippuner, Jolly Konjappu, Uli Lippuner und Benno Hüsler. (Foto: Michael Zanghellini)

Hüsler von der Hüsler und Heiniger AG aus Eich sprach über die Notwendigkeit einer Investitions-, Finanzierungs- und Gebührenstrategie.

**Kunjappu: «Sind alle Politiker»**

Besonders erwartungsfroh warteten die Teilnehmer auf den Vortrag von Businesscoach Jolly Kunjappu aus München. Auch für ihn ist Wasser ein erstes Thema: «Wasser ist Emotion und ein Allgemeingut.» Für ihn

sei die Wirtschaft dazu da, damit die Menschen wachsen können. Und hierfür brauch es eben Wasser. Überdies betonte er: Ein Kind in Liechtenstein sei genauso viel wert wie ein chinesisches Kind. Politiker müssen laut dem in Indien geborenen Jolly Kunjappu auch in Bezug auf das Wasser Verantwortung übernehmen. Aber: «Wir sind alle Politiker», gab er diese Verantwortung an alle weiter. (red/pd)